

Backbord



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

Umweltausgabe

Mit den Erfüllungsgehilfen der Energiekonzerne in der GroKo ist keine Energiewende machbar!

Jeder weiß es inzwischen, den Klimawandel kann man nur mit entschiedenen Maßnahmen zurückdrängen und damit letztlich nur das Schlimmste verhindern:

- noch mehr Hungerkatastrophen
- weitere Kriege um die letzten fossilen Energiequellen
- teure und umweltschädliche Methoden, der Erde den letzten Tropfen Öl oder Gas zu entringen
- Überschwemmungen und unbezahlbare Deichbauprojekte

CO₂ – Kohlenstoffdioxid:

2013 wurden erstmals 400ppm Anteil in der Atmosphäre gemessen, die höchste CO₂-Konzentration seit mind. 800 000 Jahren! Mit den bekannten Folgen wie z.B. Rückgang des arktisches Eises und einem Meeresspiegelanstieg von 20 cm in den letzten 100 Jahren und einem geschätzten zukünftigen Anstieg um bis zu 80 cm bis 2100.

Wollen wir eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen auf dieser Erde?

- Denn geht das nur mit einer sofortigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes!
- Weg von Kohle und Atom
- Ein Umbau der Wirtschaft mit strengen Auflagen zur Energieeffizienz
- Verursacherhaftung bei Überschreitung des CO₂-Limits oder anderen klima- und umweltschädlicher Stoffe
- Verursacherhaftung bei der Endlagerung des Atommülls
- Vergesellschaftung der Energiekonzerne – mit der Daseinsvorsorge darf kein Profit gemacht werden

Aber was plant die Groko? Steuergeschenke für Energiekonzerne

Die Brennelementesteuer soll auslaufen, dadurch werden die AKW-Betreiber ab 2017 durch eine Steuersenkung in



UZ-Pressesfest

Das Volksfest der DKP

27.-29. Juni 2014

Revierpark Wischlingen
Dortmund



Milliardenhöhe beschenkt.

Den jammernden Energiekonzernen sollen mit Subventionen unter die Arme gegriffen werden, damit sie ihren schmutzigen Strom weiter verkaufen können,

Das Konzept der GroKo“ Die konventionellen Kraftwerke als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar“ (Zitat aus dem Koalitionsvertrag)

Erneuerbare Energien sollen ausgebremst werden:
Weniger Windstromausbau und noch weniger Solarförderung

Erhöhung der Umlage für Erneuerbare Energien

Befreiung großer Teile der Wirtschaft von der Umlage. Die Hälfte des Industriestroms ist bereits von der EEG Umlage befreit. (geschätzte 5 Milliarden € gehen dadurch verloren)



Was ist die EEG-Umlage?

Die Umlage für erneuerbare Energien zahlt der Verbraucher über den Strompreis mit zur Zeit 6,3 Cent /kWh. Dies soll der Förderung des Ausbaus der Kraftwerke mit Erneuerbaren Energien dienen: Wind, Wasser, Biomasse, Sonne.

Leider haben die Energieerzeuger hier nicht ausreichend investiert, denn sie setzten auf die Extraprofite aus hochsubventionierter Kohle und Atom.

Bisher 54 Mrd. € für Forschung und Entwicklung

+ 110 Mrd. € an Steuerermäßigungen für Kohle, Gas und Atomkraft

Niche eingerechnet die geschätzten Kosten für die Sanierung Asse II in Höhe von 3,8 Mrd. und die Kosten für die Endlagerforschung und Entlagerung von Atommüll.

Dagegen wurden die EE mit 28 Mrd € unterstützt

Die 4 großen Energiekonzerne RWE, E-ON, EnBW und Vattenfall verschlafen die Zeit, haben die Energieumlage nicht verwendet, um in Erneuerbare Energien zu investieren, vergessen, dass der Windstrom im Meer auch an Land gebracht und weitergeleitet werden soll und jammern nun auf hohem Niveau, weil die Gewinne rückläufig sind.

Tatsache ist aber, dass die Betreiber (s.o.) völlig risikolos über das Netznutzungsentgelt entschädigt werden, das die Verbraucher über den Strompreis zahlen.

Sofort sind Mutti und ihre Handlanger zur Stelle und versprechen Abhilfe in Form von Steuergeschenken zu Lasten der Verbraucher, um „gefährdete Arbeitsplätze“ zu sichern.

Tatsache ist allerdings, dass vor allem im Bereich der Unternehmen aus den EE-Branche hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen wurden, die durch die Vorhaben der GroKo stark gefährdet sind. Schon durch die Energiewendepolitik der Vorgänger-Koalition kam es zu Insolvenzen und Arbeitsplatzabbau bei den Solar-Unternehmen.

Und in Kiel?



Auch hier stehen einer zukunftsfähigen nachhaltigen Energieversorgung im Interesse der Kieler Bevölkerung die Profitinteressen des Hauptanteileigners MVV (Mannheimer Versorgung und Verkehr) entgegen.

Der Mehrheitsanteileigner (51%) an den Stadtwerken Kiel, ist überall dafür bekannt, dass er sich in kommunale Unternehmen einkauft und dort dafür sorgt, dass die profitablen Teile herausgelöst werden und dem Mutterkonzern in Mannheim zugeordnet werden.

MVV gefährdet die Versorgung der Stadt mit Fernwärme durch abenteuerliche Konzepte und Ideen, die leider auch teilweise von den Verantwortlichen in der Politik mitgetragen werden. Die Ratsversammlung hat längst ein Energiekonzept mit der Abkehr von der Kohle beschlossen und Gelder bereitgestellt für ein modulares Gasmotorenwerk in Dietrichdorf als Ersatz für das in 2 Jahren auslaufende Kohlekraftwerk beschlossen.

MVV hat sich in Kiel genau wie z.B. in Solingen, lukrative Teile aus dem Unternehmen unter den Nagel gerissen, Arbeitsplätze abgebaut, Knowhow ausgelagert, das dauerhaft einer kommunalen Vollversorgung verloren geht.

Konzerne wie MVV setzen eine Energiepolitik um, die sich an der Gewinnmaximierung und der Befriedigung der Aktionäre orientiert und nicht an den Bedürfnissen der Kunden.

Versorgungssicherheit und soziale Preise - das geht nicht mit privatem Kapital großer Energiekonzerne

Denn solche Beteiligungen werden mit Geheimverträgen geschlossen eine demokratische Kontrolle ist wegen mangelnder Transparenz der Konzernpolitik nicht möglich.

Nur eine 100% kommunale Energieversorgung kann die Preise für die Endverbraucher beeinflussen und eine zukunftsfähige Energieversorgung garantieren.

Es könnte eventuell mit regionalen Partnerschaften, ebenbürtigen kommunalen Stadtwerken, Bürgerfonds und günstigen Kommunalkrediten, Bürger-wind oder –solaranlagen gelingen, auf kommunaler Ebene die Energiewende einzuläuten.

Für einen Rückkauf der MVV-Anteile und eine kommunale Stadtwerke mit demokratischer Kontrolle.

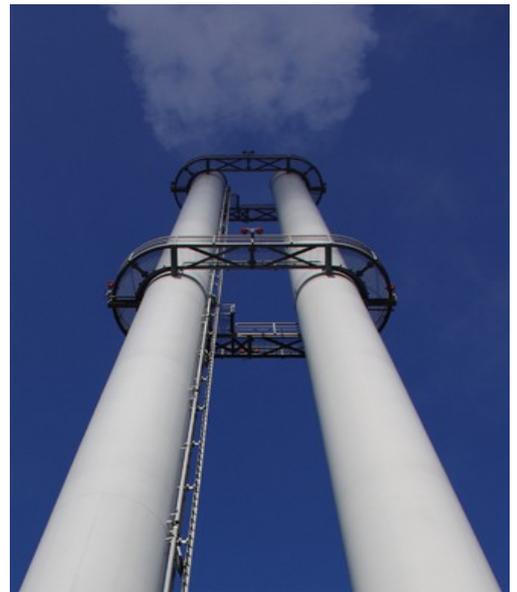
Lassen wir uns nicht verkohlen:

Für die Verbraucher und für die Arbeitsplätze ist eine dezentrale und regionale Energieversorgung mit einem steigenden Anteil umweltfreundlicher erneuerbarer Energie die fairste Lösung.

Kohle, Erdgas werden immer knapper und teurer und schädigen das Klima lokal und weltweit! Atomkraft birgt nicht nur im laufenden Betrieb große Risiken – die ungeklärte Endlagerung, die damit verbundenen unkalkulierbaren Kosten und Gefahren wollen wir nicht tragen!

Sonne, Wind, Biomasse und Wasser sind unendlich verfügbar und natürlich günstig.

Und außerdem: „Die Wende lohnt sich“, stellt das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme fest (Süddeutsche Zeitung vom 19.11.2013):



Die Wissenschaftler haben errechnet, dass bei klugem Einsatz neuer Technik, der Kombination der EE Energieträger und hocheffizienten Verfahren der kurzfristigen und mittelfristigen Speichertechnik ab 2025 ein profitable Versorgung ohne Atom und mit 81% weniger CO2 gegenüber 1990 möglich ist.

„170 Milliarden Euro könnte das Energiesystem pro Jahr kosten. 2008 lag die Gesamtsumme für die Energieversorgung (Wärme, Verkehr und Strom) inklusive aller Nebenkosten bei 260 Mrd. Euro. Ohne Energiewende würde sich der Betrag deutlich erhöhen. Die Kosten für Öl, Gas und Kohle, für die Deutschland heute 90 Mrd. Euro pro Jahr ausgibt, dürften sich bis 2050 mindestens verdoppeln“.

Dafür ist ein Konjunkturprogramm erforderlich, das allerdings viele zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

Aus dem Programm der Deutschen Kommunistischen Partei:

Mit der Ökologie-Bewegung teilen wir die Sorge um die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Kommunistinnen und Kommunisten engagieren sich im Widerstand gegen die Ursachen der Klimakatastrophe, Zerstörung ökologischer Systeme, Verschwendung von Ressourcen, Beherrschung der Energievorräte durch die Monopole und gegen Atommülltransporte. Die DKP fordert den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Sie tritt dafür ein, dass Entscheidungen über Risikotechnologien wie zum Beispiel Gen- und Biotechnologien unter demokratischer Beteiligung der Bevölkerung getroffen werden.

Ich will mehr Infos über die DKP

Name/Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: **DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18
45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de**